

Bezugspreis: Vierteljahr 1,05 - 2,00 monatlich 35 - 40 Pf. frei ins Haus voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Komplex-Anzeige kostet 10,- ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 24. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Anleiheverhandlungen.

Paris, 24. Mai. (EP.) Pierpont Morgan hat sich gewelgelt, den Journalisten legendenweise Erklärungen zu geben. ...

Was die gemeldeten Bedingungen anbelangt, wonach die allierten Regierungen sich verpflichten sollen, von ferneren militärischen Sanktionen gegen Deutschland abzusehen, ...

Der „Petit Parisien“ schreibt, daß der volle Betrag der Reparationsanleihe der Reparationskommission ausbezahlt werden müsse und von den Reparationen abgezogen werden könne. ...

„Newre“ teilt mit, daß der belgische Delegierte Delacroix den Verhandlungen des Komitees Morgan präsidieren werde. ...

Auseinandersetzung mit den Hohenzollern.

Es hagelt Nachrichten und Dementis. Das eine Korrespondenzbureau meldet, daß der Abgang des einen Ministerialdirektors noch weitere Kreise ziehen werde, ...

Das sind alles Nebensachen. Wichtig ist es, ob tatsächlich die derzeitige Leitung des preussischen Finanzministeriums eine Schwankung in der Auseinandersetzungfrage nach der Richtung hin genommen hat, ...

Einstweilen sollte das preussische Finanzministerium zur Beruhigung der öffentlichen Meinung raschestens mitteilen, was es als Zwangserwalter des hohenzollernschen Vermögens bisher getan hat, ...

Jede Reinnachfrage, wenn sie auch nur stundenweise beschäftigt wird, muß sich Steuerabzug gefallen lassen. Die Hohenzollern sind heute in Deutschland die einzigen, die bisher noch keinen Pfennig Steuern gezahlt haben.

Schlusssatz eines Komödianten.

Der Oberleutnant a. D. Riemann, der im „Tag“ seine Ergebnisse als persönlicher Adjutant des ehemaligen Kaisers schildert, ist jetzt bei der Schilderung des 9. November in Spa angelangt. ...

In fliebernder Hast bedeckt der Monarch ein Telegrammformular nach dem andern mit der Rundgebung seines Protestes. Er war ja immer so groß im Telegraphieren! Doch es nützt nichts. ...

„Ich kann es nicht verantworten, daß Euer Majestät von meuternden Truppen nach Berlin geschleppt und der revolutionären Regierung als Gefangener ausgeliefert werden!“

Heute will Hindenburg durch Wilhelm's Flucht „überroffen“ worden sein. Wilhelm nicht und läßt alle Vorbereitungen zur Flucht nach Holland treffen. ...

Was ist? Wozu hat er seine Zustimmung gegeben? Frieren, wo die Kaiserin, wo Kinder und Enkel fern in der Helmut, allen Gefahren der Vöbelherrschaft preisgegeben sind? Nein, und abermals nein! ...

Hermes' Vorschläge.

Paris, 24. Mai. (EP.) Das heutige „Journal“ behauptet, in der Lage zu sein, die letzten Vorschläge des Reichsfinanzministers Dr. Hermes vor der Reparationskommission mitteilen zu können. ...

Leichte Besserung der Mark.

Dollar 292.

Die Nachricht, daß die Verhandlungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes in Paris zu einem gewissen Abschluß gekommen seien, rief am heutigen Devisenmarkt stärkeres Angebot hervor. Die Kurse waren weiter rückgängig. ...

ein Hohenzollernfürst habe durch schmähliche Flucht sein Leben zu retten gesucht? Nein, und abermals nein! Er wird den Befehl widerrufen, der Wagen zum Hofzuge steht abfahrtsbereit. ...

„Ahnt Niemann, wie er mit seinen Worten den Mann blamiert, der trotz alledem sein Heil in der Flucht gesucht hat? — Ein Telegramm der Kaiserin kommt an. ...

„Meine Frau hält sich so heidenhaft und man will mich überreden, nach Holland zu gehen! Das tue ich nicht, das wäre wie ein Kapitän, der sein sinkendes Schiff verläßt.“

So hat Wilhelm selber seine Flucht in voraus verurteilt! Aber als schließlich alle schöne Posen der rauhen Wirklichkeit nicht standhalten, läßt sich Wilhelm — ach wie gern — von seiner Umgebung zur Flucht überreden. ...

Nach kurzer Ueberlegung willigt der Kaiser ein. „Wenn es doch sein muß! — Aber nicht vor morgen früh! Todesangst soll man ihm nicht nachsagen.“

Ein Held, weil er drei Stunden später Mehl! Schade, daß der alte Johannes Scherr schon tot ist! Welch irdischer Stoff für seine menschliche Tragiködie, für seine Kaiserin getränkter Don Dulchoten ist ihm da entgangen. ...

Gegen die Privatisierung der Reichsbahn.

Der aus Fachleuten bestehende Organisationsausschuss beim Reichsverkehrsministerium hat die „Reformvorschläge“ des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die eine Ueberführung der Reichsbahn in eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft verlangten, abgelehnt. ...

Die statistischen Angaben, auf die sich diese Vorschläge stützen, werden als einseitig aufgestellt und teils falsch, teils unvollständig ausgewertet bezeichnet. ...

Wenn sie sich bisher von gemeinwirtschaftlichen Rücksichten in der Preispolitik hat tragen lassen, so bewies sie mehr Verständnis für die Notwendigkeiten der Volkswirtschaft als die Sachverständigen des Autokraten.“

Diese der Begründung für die Ablehnung entnommenen Darlegungen sind eine gründliche Lektion für die famosen Sachverständigen der Industrie, die ihr privates Interesse mit dem der Allgemeinheit verwechseln. ...

Das Ende einer Komödie.

Der Versuch der Bolschewiki, die gesamte europäische Arbeiterbewegung vor ihren Wagen zu spannen, in Deutschland die große Sozialdemokratische Partei und die USP, dem Willen einer winzigen konfusen Minderheit zu unterwerfen, ist nach Verdienst gescheitert. ...

Die „Freiheit“ versucht heute, die „Schuld“ an dieser Entwidung der Dinge nach beiden Seiten zu verteilen, aber dieser Versuch mißglückt vollständig. Die Parteien der 2. Internationale haben aus ihrem Herzen wahrhaftig keine Würdegrube gemacht, ...

Sie wollten, daß sich die Kommunisten zuerst verpflichten sollten, dem Terror in Rußland ein Ende zu machen, die Zerstückelungsarbeit in den sozialistischen Parteien und in den Gewerkschaften einzustellen und für Georgien und andere von den Bolschewisten beherrschte Staaten das Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen. ...

Wenn das eine Schuld ist, dann wollen wir uns gern zu ihr bekennen. Ja, wir verurteilen und verdammen die systematische Grausamkeit, mit der die neuen Selbstherrscher Rußlands alles Recht mit Füßen treten, ...

Haben wir mit dieser Beurteilung unrecht? Man höre, was die „Freiheit“ selber über die Kommunisten sagt: Sie sahen mit uns an einem Tisch und verfolgten unsere Bemühungen, die Schwierigkeiten fortzuräumen. ...

In England, in Frankreich und in anderen Ländern machten die Kommunisten keinen Hehl daraus, daß für sie die Forderung eines Arbeiter-Weltkongresses nur ein Schlagwort sei. ...

Sinowjew hatet angeordnet, daß die Kommunisten in der Reuenerkommission ultimativ die sofortige Einberufung des Arbeiter-Weltkongresses verlangen sollten. Die Kommunisten waren sich darüber klar, daß die Erfüllung ihres Ultimatums nicht im Bereich menschlicher Kräfte lag. ...

Wie das unabhängige Blatt angesichts dieses von ihm selbst festgestellten Tatbestandes seine verhängnisvolle Einseitig-Andererseits-Politik fortsetzen will, ist uns unerfindlich. Wenn die Kommunisten so sind, wie die „Freiheit“ sie ganz richtig schildert, dann verdienen die Sozialdemokraten keinen Tadel, sondern nur Anerkennung dafür, daß sie das Spiel von vornherein richtig durchschauten, ...

Die Sowjetbarbarei zu bewahren, die Arbeiterbewegung vor weiterer Zersplitterung zu schützen, die wirkliche Einheitsfront unter Fernhaltung aller Zerstörer und Intriganten herzustellen.

Das wäre die richtige Antwort auf das Verhalten der Kommunisten. Sie würde auch von den Anhängern der U.S.P. sehr gut verstanden werden. Aber leider bleibt die Politik der U.S.P. mit dem Fluch der Halbheit geschlagen, und dadurch wirkt sie sich immer mehr zu einer tiefen Schädigung der Arbeiterbewegung aus. Nicht taktisches Hin- und Herschwenken, nur klare, grundsätzliche Erkenntnis kann den rechten Weg weisen.

Rußland ist kein sozialistischer Staat. In jedem deutschen Konsumverein steckt mehr Sozialismus als in der ganzen Sowjetrepublik. Rußland ist kein proletarischer Staat, in keinem Lande der Welt ist der Proletariat rechtloser als in Rußland. Das Ergebnis der bolschewistischen inneren Politik ist Knechtschaft, schlimmer als unter dem Zarismus. Das Ergebnis der bolschewistischen Wirtschaftspolitik ist Hungertod von Millionen und Kapitulation vor dem Kapitalismus. Das Ergebnis der bolschewistischen Außenpolitik ist imperialistische Unterwerfung fremder Völker und Verwirrung der europäischen Arbeiterbewegung.

Die Kommunisten der nichtrussischen Welt sind weder Demokraten noch Sozialisten, sie sind keine Vertreter von Arbeiterinteressen, sondern gehorsame Instrumente der Moskauer Machtpolitik. Von ihr empfangen sie ihre Parolen, für die sie sich gehorsam begeistern, um sie ein paar Wochen später wieder zum alten Eisen zu werfen. Unverändert bleibt nur ihr Haß gegen die europäische sozialistische Arbeiterbewegung, unverrückbar bleibt nur ihr Ziel, diese Bewegung zu zertrümmern. Ihre unausgesetzten Versuche, durch Anwendung schäbiger Mittel auszugleichen, was ihnen an Kraft der geistigen Waffen fehlt, haben ihnen die Verachtung aller ihrer Gegner eingetragen. Die kapitalistische Welt, weit davon entfernt, sich vor dem Kommunismus zu fürchten, macht mit seiner russischen Spielart Geschäfte, über die europäische Lacht sie nur noch.

Frägt die Vertreter des Kapitalismus: die Agrarier, die Reaktionen, wen sie als ihre einzigen gefährlichen Gegner betrachten, so werden sie wie aus einem Munde antworten, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Das ist der feste Grund und Boden, auf dem, unbeschadet aller taktischen Meinungsverschiedenheiten, die wahre Einheitsfront erstehen muß und erstehen wird. Darum können wir nicht bedauern, daß die Komödie der kommunistischen Einheitsfront das verdiente Ende genommen hat. Die Situation ist dadurch nur noch klarer geworden. Die Arbeiter müssen mit den Zerstörern ihrer Bewegung fertig werden — hier entscheidet sich ihr Schicksal.

Bartholomäusnacht!

Wie der Besuch Hindenburgs in Ostpreußen von den Nationalisten aufgefacht wird, das zeigt eine Neuherausgabe des deutschnationalen Schriftstellers Ohm, die dieser noch dem Bericht unserer „Königsberger Volkszeitung“ in einer Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Volkspartei für Allenstein tat:

Wir müssen den Mut haben, eine Bartholomäusnacht zu veranstalten, um den jetzigen Staat abzurufen.

Herr Lebus dürfte über diese Konfurrenz neidisch werden. Wie sind gespannt, ob sich in Ostpreußen ein Staatsanwalt finden wird, der gegen diese Aufforderung zu Totschlag und Hochverrat einschreitet.

Unter dem Titel „Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871 bis 1914“ beginnt, wie W.T.B. mitteilt, demnächst die Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes zu erscheinen. Die Drucklegung der ersten sechs Bände dieses großen Aktenwertes der Deutschen Regierung ist jetzt beendet. Das Werk ist ein Ergebnis der Deffnung der deutschen Archive. Das diplomatische Aktenmaterial des deutschen Auswärtigen Amtes zur Geschichte der europäischen Politik in der Zeit vom Frankfurter Frieden im Jahre 1871 bis zum Beginn des Weltkrieges soll hier der Öffentlichkeit übergeben werden. Das gesamte Aktenwerk wird einen Umfang von 20 bis 22 Bänden haben.

Vor einem russisch-italienischen Handelsvertrag. Reuter meldet aus Genua, daß Schanzer mit Tschitscherin und Krassin über einen italienisch-russischen Handelsvertrag verhandelt.

Der Fliederbaum.

Von Erich Grisar.

Hinter meinem Hause blüht ein alter Fliederbaum. Seine Blüten sind der einzige Gruß, den der Frühling den Armen bringt, die in den Wohnungen, deren Fenster auf diesen Hof hinausgehen, hausen.

Gewiß, in den Vorgärten der Herrenhäuser blühen schönere Bäume; aber wir achten diese gepflegte Schönheit nicht, weil ein Gefühl innerer Verbundenheit uns in unserem Fliederbaum etwas ganz Besonderes, nur uns Gehörendes sehen läßt; denn der Fliederbaum ist unser, obgleich niemand eigentlich weiß, zu welchem Hause er gehört.

Er ist da, bringt hellen Glanz in alle Augen und schenkt jedem Mädchen, das an warmen Frühlingsabenden in seinem Bereiche kost, ein Sträußchen; was will man mehr von einem alten fast verdorrten Bäumchen, von dem niemand weiß, wie dieses es fertig bringt, sein Leben zu freuten und in jedem Frühling in alter Unverdorrenheit und Schönheit zu blühen.

Ob es wohl selbst schon einmal darüber nachgedacht hat, wie es kommt, daß sein Bruder, der irgendwo in einem freundlichen Vorgarten unter der Obhut eines Gärtners Wurzel schlägt, in einem Boden, der reichliche Nahrung gibt und der seine Zweige ungehindert ins Licht strecken kann, soviel Licht, Wärme und Sonne schlucken darf, während es sich selbst kaum durch den Tag zu bringen weiß?

Ich glaube nicht; denn sonst hätte er wie der alte Berginsolide, der 40 Jahre lang für den Besitzer jenes Vorgärtchens seine müden Knochen zur Grube schleppte, um sich und seine Familie kümmerlich zu ernähren, während jener reich und reichlich wurde, in dem Augenblick seinem Leben ein Ziel gesetzt, als ihm die furchtbare Ungerechtigkeit eines Lebens unter solchen Bedingungen klar wurde.

Er hätte sich wie jener geweiht, weiter zu leben. Doch ich glaube nicht, daß unser Fliederbaum je zu solchen Erwägungen kam. Vielleicht weiß er auch gar nicht, daß er Bruder hat, die besser leben als er, denn von seinem, von hohen Mauern eingezäunten Reiche aus hat er nie einen seiner Brüder gesehen noch mit einem von ihnen gesprochen.

Nur im Frühling, wenn zum ersten Male mittags die Sonne wieder auf ein kurzes Ständchen über die Dächer lugt, mag ein dunkler Trieb in seinem Innern ihm erzählen von einem neuen und besseren Leben, das nun überall in Wald und Flur seinen Anfang nimmt.

Dann rafft er all seine Kräfte zusammen, um der Erde noch einmal den kümmerlichen Rest ihrer verbrauchten Säfte zu entziehen und sie den knospenden Zweigen zuzuführen, die sich darauf voller Freude am Leben und Blühen mit Blättern und Blüten schmücken, zur Freude der Armen, die schon wochenlang durch die verurteilten Fenster spähen, um den ersten Gruß des Frühlings zu erhalten; denn der Fliederbaum ist das Maß ihrer Hoffnung; blüht er, dann ist es ihnen wie der Gruß einer neuen Zeit, die nun beginnt, um allem Elend ein Ende zu machen.

Volkspartei und Losreisungspolitik.

In der „Rational-liberalen Correspondenz“, dem parteilosestübigen Organ der Deutschen Volkspartei, bezeichnet irgendein Anonymus zwei Episoden der Kölner Tagung „der sogenannten zweiten oder Amsterdamer (?) Internationale“ als sehr bemerkenswert. Die erste sei die Antwort von Hunsmans auf die Anklage von Wels gegen die Behandlung der Bewohner des besetzten Gebietes und die Losreisungsbestrebungen der Franzosen. Diese aus dem „Vorwärts“-Bericht entnommene Antwort, die in Wirklichkeit dahin lautete, daß „Deutschland keineswegs unter jener militärischen Unterdrückungspolitik leiden dürfe, wie sie während des Krieges gegen Belgien geübt worden sei“ und „daß die französischen und belgischen Sozialisten das größte Interesse an der Erhaltung der deutschen Einheit haben und sich, wo sie nur könnten, gegen eine Zerreißung wehren würden“, wird in folgendem Satz zusammengefaßt und gefäßt:

„Der belgische Sozialistenführer Hunsmans erwiderte ihm recht brüderlich jorkassisch, die Behandlung des besetzten Gebietes werde sich wohl nicht wesentlich von der unter-scheiden, die Belgien erfahren habe, und was die Postrennungsbewegungen anbetreffe, so erinnere er sich als Belgier stämmischer Abkunft an ähnliche Bestrebungen während des Krieges in Flandern unter Bissing. Leider sind diese Ausführungen un-widerprochen geblieben.“

Den traurigen Mut zur nachträglichen Rechtfertigung der deutschen Flamenpolitik während des Krieges überlassen wir in der Tat denen, die damals die Zerreißung Belgiens und die Annexion der flandrischen Küste propagierten. Die „National-liberale Correspondenz“ unternimmt diesen Versuch, was uns von dem Organ der Stresemann-Partei nicht wundert. Ihre Bemerkung: „daß der Flamen Hunsmans so sprechen konnte, legt nur ein beschämendes Zeugnis dafür ab, wie verwehrt er ist“, zeugt nur von einer Unwissenheit der bekanntesten belgischen politischen Vorgänge, die noch größer ist als ihre leichtfertige Gewissenlosigkeit. Genosse Hunsmans ist der populärste Vorläufer der Bestrebungen des flämischen arbeitenden Volkes und wird auch von dem Haß der wallonischen Bourgeoisie entsprechend verfolgt.

Diesen gerechten Bestrebungen stehen aber heute noch die Erinnerungen an die Zeit im Wege, in der die flämischen Aktivist mit Hilfe der unter Neutralitätsbruch in Belgien eingedrungenen preußischen Militärlisten ihre Ziele zu verwirklichen suchten. Wie tatsächlich zwischen beiden Fällen bestehenden Nuancen dürfen nicht über den gemeinsamen grundlegenden verbrecherischen Charakter einer Losreisungspolitik täuschen, die unter dem Schutze der fremden Bajonette betrieben wird. Wenn die Deutsche Volkspartei heute noch die Flamenpolitik Bissings verteidigt, besorgt sie indirekt die Geschäfte Dortens, gibt sie den französisch-belgischen Imperialisten Argumente in die Hand.

Und die zweite in der Einleitung als sehr bemerkenswert angeführte Episode? Die ist offenbar sogar der Redaktion der „Nation. Corr.“ so böse erschienen, daß man sie aus dem Manuskript des anonymen Verfassers gestrichelt hat.

Erhöhung der Geschworenen-Entschädigung

Der Reichsjustizminister Genosse Radbruch hat soeben im Reichstag den Entwurf eines neuen Gesetzes über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen eingebracht. Bisher erhielten die Valenrichter Tagelöhner, die aber durch die Geldentwertung ganz unzureichend geworden waren, der Tageslohn betrug 30 M., bei notwendig werdender Uebernachtung 50 M. Der neue Entwurf sieht folgendes vor:

Die Schöffen und die Vertrauenspersonen des Ausschusses erhalten eine angemessene Entschädigung für den ihnen durch ihre Dienstleistung entstehenden Verdienstausfall und den mit der Dienstleistung verbundenen Aufwand sowie Ersatz der Fahrtkosten.

Die Höhe der Entschädigung und der Fahrtkosten bestimmt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats durch allgemeine Anordnung. Entschädigung und Fahrtkosten werden nur auf Verlangen gewährt. Die Neuerung des Gesetzes besteht darin, daß für die Höhe der Entschädigung in erster Linie der Verdienstausfall maßgebend ist, daneben aber auch der Aufwand für die

Trohiger und mutiger bliden sie in diesen Wochen um sich, bereit, Grobes zu vollführen; aber es wird ihnen wohl gehen wie dem Fliederbaum, dessen Blüte in jedem Jahre dürrer wird, bis er elend verkrümmert — wenn nicht eines Tages ein starker Wille ihn aus der Dürftigkeit seines Daseins herausreißt und ihn in ein besseres, freieres Land verpflanzt.

Festvorstellung der „Fledermaus“ in der Staatsoper. Der Wiener Männergesangsverein hat in seinem Repertoire als Parade- und Gassenstück den Strauß-Walzer „In der schönen blauen Donau“. Wird er in der „Fledermaus“ als Einlage beim Fest des Fürsten Orlovski gelungen, so weht in diesem Augenblick der Duft der Russentanzstadt Wien über die Bretter. Kein Orchesterwerk wirkt der geniale Walzer freier, unbeschränkter, lustiger als in der Unterhaltung durch das Wort. Dennoch entzündete die Weichkraft der Musik die Herzen der Zuhörer, die ein Taktspaß verlangten. Die Positionierung der Sänger, die den ganzen Bühnenraum füllten, war plump; das waren keine geladenen Gäste, sondern Mitglieder eines Gesangsvereins mit Wappen, roten in ungewohnter Position. Auch wirkte Ermüdung durch das Jubel der offiziellen und inoffiziellen Feiern deutlich nach. In der „Fledermaus“-Auf-führung, die als Festvorstellung gedacht war, blieb bis auf Blech und Clewing alles schön Berlinisch. Orlovski und Alfred waren selbst provinziell undstärkerbar, Fräulein Knepel ersetzte den natürlichen Scharm der Berle aller Stubenmädchen durch kluge Angelnheit, Frau Winklow, gefänglich reizvoll, war eine innerlich zu moßlose Rosalinde. So blieb die aufstrebende Wirbelkraft der unter Blech prallvoll dahindraufenden Ouvertüre, blieb die Strauß- und Walzerfreude aus. Daran konnten auch die mit Recht gefeierten und sieghaften Wiener nichts ändern.

Derselbe Blech dirigierte auch ein Konzert, in dem die Russin Ermolento-Juljana Bagnerische Krien sang. Die Stimme war sicher einst die einer starken Heroine; jetzt ist die Höhe schwer zu erklimmen, und der russische Legt erhöht die Freude an einer noch so plastischen Gestaltung nicht. Blech zeigte sich im „Lann-häuser“-Vorpiel von seiner besten Seite als Rhythmisier, ließ sich dagegen im „Tristan“-Vorpiel vom Temperament der Russen und der Temperatur des Saales allzu sehr anmieren.

Vorher hatte im Festhof der Staatsoper ein feierlicher Empfang der Wiener durch den Kultusminister Boelli stattgefunden und abends gab der Berliner Sängerbund im Konzerthause seinen Wiener Sangesbrüdern einen Kommerz.

„Drunter auf der Walze.“ Zu unserer Nr. 234 erhalten wir vom Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

„Professor Brunner hat einen Teil des ihm wie jedem Beamten bestimmungsgemäß zustehenden Urlaubs zu einer un-solennem Vortragreise benutzt. Das Recht, bei dieser Gelegen-heit auf Einladung von Vereinen Vorträge zu halten und dabei seine persönlichen Kunstanschauungen darzulegen, kann ihm seitens seiner vorgesetzten Behörde selbstverständlich nicht grundsätzlich per-wehrt werden. Ob Prof. Brunner bei seinen Vorträgen die

Ausübung des Ehrenamtes noch vergütet wird. Wenn der Entwurf nicht einfach jeden Verdienstausfall ersetzen will, so erklärt dies die Begründung damit, daß nicht jeder beliebige hohe Verdienstausfall bei der gegenwärtigen Finanzlage ersetzt werden kann. Bei der Festsetzung der Grenzen aber soll darauf bedacht genommen werden, daß in geringen Einkommensstufen möglichst der volle Ver-dienstausfall ersetzt wird.“

Tagung der Polizeibeamten.

Der Verband der Polizeibeamten Preußens, der gestern seine sechste ordentliche Verbandstagung in der Bod-brauerer, Fildinstraße, begann, hat im letzten Jahre eine außer-ordentlich erfreuliche Erhöhung seines Mit-gliederbestandes zu verzeichnen. Die Zahl der aktiven Mit-glieder ist danach von 29000 auf 36575 gestiegen; einschließlich der im Ruhestand befindlichen beträgt die Gesamtmitgliedszahl 88000. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen referierte Ministerial-direktor Dr. Falk über die Grundrechte der Beamten nach der Reichsverfassung. Er betonte, daß die den Be-amten zustehenden Rechte keine Vorrechte gegenüber den an-deren Staatsbürgern seien, sondern nur ein Spiegelbild der be-sonderen Beamtenpflichten darstellten. Ausführlich be-handelte der Redner die politischen Rechte der Beamten und das Recht der Vereinigungsfreiheit. Weiterhin ging er auf die Wirkungen des preußischen Gesetzes vom 16. November 1920 über die Beseiti-gung der sogenannten Konfliktverhütung ein. Nach interessanter Debatte wurde beschlossen, die nachfolgende Entschliessung an das Staatsministerium und den Landtag einzurufen: „Der Verbands-tag beschließt, die Regierung zu ersuchen, der durch Aufhebung des Konfliktgesetzes geschaffenen Rechtslage dadurch Rech-nung zu tragen, daß Beamte, die zu Unrecht vor Straf- oder Zivil-gerichte gestellt werden, einen Anwalt von Amte wegen gestellt er-halten, um sie vor unverschuldeten Vermögensschädigungen zu schützen.“

Nachdem der Vorsitzende Schrader den Jahresbericht erstattet hatte, der vom Schriftführer Polmann und dem Schatzmeister Schenk ergänzt wurde, wurde dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt und der Dank für die bisherige mühevolle Arbeit ausgesprochen.

Denkschrift über die politischen Morde.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ schreibt uns: „Wie immerhin, hatte der Reichsjustizminister Prof. Rad-bruch infolge der Broschüre „Zwei Jahre Mord“ schon im De-zember vorigen Jahres eine Mitteilung an den Reichstag über die politischen Morde angekündigt. In einer Versammlung der „Deut-schen Liga für Menschenrechte“ hatte Dr. Gumbel nun behauptet, daß diese Mitteilung wohl nie erscheinen werde. Darauf schrieb Prof. Radbruch ihm: „Ich lege Wert darauf, Ihnen an Hand der Akten Kenntnis von den Schritten zu geben, die ich un-ter-nommen habe, um dem Reichstag eine Darstellung des Sachver-haltes und des Ganges der strafrechtlichen Verfahren in den einzelnen Fällen zugänglich zu machen. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn ich Ihrem Besuch in der nächsten Zeit entgegensehen dürfte.“

Wie wir hören, hat Dr. Gumbel darauf den Minister besucht und hat sich davon überzeugt, daß solche Vorarbeiten tat-sächlich vorliegen.“

Schiffskatastrophe in der Ostsee.

10 deutsche Matrosen getötet.

In der Nacht zum 24. Mai hat in der Nähe von Sahalj bei einem Nachtmanöver unserer Kriegsschiffe und Torpedoboote ein Zusammenstoß zwischen dem Linienschiff Hannover und dem Torpedoboot S 18 stattgefunden. Das Torpedoboot wurde am Bug beschädigt und ist nach Sahalj eingelaufen. In treuer Pflächertüchtigkeit haben bei dem Zusammenstoß folgende An-gehörige der Torpedobootbesatzung den Tod gefunden: die Torpedo-matrosen Engelhardt, Schott, Corz, Sibella, Ham-merichmidt, die Torpedoschießer Selpelt, Olinka, Volz, Sched und Barth.

Die vorliegende amtliche Meldung läßt nur auf einen gering-fügigen Unfall schließen. Um so unerklärlicher ist die große Anzahl der Toten. Schleunige Aufklärung muß dringend gefordert werden.

ihm als Beamten gewissen Pflichten, wie behauptet wird, durch Angriffe auf die Staatsautorität überschritten hat, wird nachge-prüft werden.“

Dem Prof. Brunner eine Darlegung seiner „persönlichen Kunst-anschauungen“ zu verwehren, wird keinem Menschen einfallen. Wenn die vorgesetzte Behörde sich aber mit der Freiburger Veranstaltung Brunners etwas näher befassen will, wäre der Hauptzweck unserer Veröffentlichung erreicht.

Vom Schiller-National-Museum in Marbach. Am 13. Mai fand in Stuttgart die Jahresversammlung des Schwäbischen Schiller-Bereins statt, der dieses Museum geschaffen hat und unterhält. Unter den Sitzungen des letzten Jahres sind in erster Linie zu nennen: Völgelmühle, andere Bildnisse und Handschriftliches aus dem Nachlaß von Schillers Sohn Karl, unter den Erwerbungen 49 Briefe an Schiller, Briefe seiner Frau, seiner Geschwister und Kinder, seiner Schwägerin Karoline v. Wolzogen und seines Schwagers Reinwald. Auch das Archiv schwäbischer Dichter, das dem Museum angegliedert ist, wurde wieder bereichert durch Briefe und Manuskripte, zum Teil in größerer Anzahl, von Uhlund, Gustav Schwa-b, Justinus Kerner, Rüdiger, Hermann Kurz, Wilhelm Waiblinger, D. Fr. Strauß, Friedrich Vischer u. a. Das Museum bewahrt nunmehr 69700 Handschriften, 4350 Bilder und 14500 Druckwerke. Lebhaftes Interesse fand die letzten Sommer neben der ständigen Ausstellung im Museum veranstaltete Ausstellung von Ver-tonungen der Dichtungen Schillers. An ihrer Stelle wird diesen Sommer über eine Ausstellung zu sehen sein, die das weite Gebiet der Illustration von Schillers Werken vorführen soll.

Der Einfall der Bismarcken in Böhmen ist wohl das schlagendste Beispiel für die ungeheuren Gefahren, die der Mensch herauf-beschwören kann, wenn er durch die Einbürgerung eines neuen Tieres einen unüberlegten Eingriff in die heimische Natur macht. Wie im „Naturbuch“ mitgeteilt wird, hat Dr. Pro-schaska in seinem Buch „Zehn Jahre der Bismarcken-Insassen in Böhmen“ darüber authentische Zahlen veröffentlicht. Die Bismar-rotte wurde zuerst 1908 auf dem Großgrundbesitz des Grafen Colla-redo-Mansfeld in Dobruß in die freie Natur ausgelegt, und die Zahl der Tiere wurde im Jahre 1921 auf 2 Millionen geschätzt. Heute gibt es keine Gegend Böhmens mehr, die nicht von dieser Plage heimgeleitet wäre, denn die Bismarrotte, die dreimal im Jahre Junge wirft, vermehrt sich kolossal und besitzt in dem Lande keine oder wenige natürliche Feinde. So ist die Bismarrotte zum größten Feinde des Landwirtschaft geworden und bildet eine unangesehnte Be-drohung der großen südböhmischen Leinwandwirtschaft.

330 Bände Strindberg täglich gedruckt. Strindberg hat während der 10 Jahre, die seit seinem Tode verstrichen sind, an Popularität enorm gewonnen. Der Absatz seiner Werke ist in stetem Steigen begriffen. Im ganzen hat der schwedische Verlag Bonnier in den letzten 10 Jahren 120000 Bücher von ihm herausgegeben, also pro Jahr 12000 und pro Tag 330.

In der Galerie Müller (Waldamer Str. 124c) wird am 29. eine Ausstellung von Thes v. Brodhußen, Silber aus Italien, eröffnet.

Eine Warnung.

Ein Auslandsdeutscher schreibt uns:

Es wird so viel von „moralischen“ Eroberungen gesprochen, die das neue Deutschland im allgemeinen und die Deutschen im besonderen machen müßten. Wenn wir seelische Eroberungen machen wollen, müssen Seelen stehen uns weiter offen als die jener Millionen Deutschen, die in Desterreich, der Tschechoslowakei und Italienisch-Süditalien sich B e i m a r — nicht Potsdam — kulturell verbunden fühlen? Man sage nicht, daß diese Auslandsdeutschen heute schon unser seien, um ihre Willen brauche man sich also nicht mehr besonders zu bemühen! Im Gegenteil, wir sind im besten Zuge, diesen empfänglichen Aker verunkrautet zu lassen. Hier der Beweis:

Die neuen Staatsgrenzen Europas decken sich vielfach nicht mit den Völkergrenzen. Es gibt neben Auslandsdeutschen auch italienische Südslawen, südslawische Italiener, rumänische, südslawische, tschechoslowakische Radjaren usw. Eine Irredenta zu schaffen, um nun kriegerischen Katastrophen zuzutreiben, diesen Gedanken kann 3 1/2 Jahre nach dem Waffenstillstand nur ein unheimliches Menschenhirn ausdenken. Aber es will doch jedes Volk seinem unter fremd empfundenen Dach wohnenden Volksgenossen sagen: Unter unserem eigenen Dachstift bist du stets gern gesehen. Der Budapestester Radjare würde es als kompletten Irrsinn bezeichnen, wollte jemand einen Szekler, dessen Heimat heute innerhalb der rumänischen Grenzlinie liegt, in Ungarn schikanieren und demonstrieren gegenüber den heimatsberechtigten Radjaren benachteiligen. So ist es wohl überall. Nur der Deutsche bildet oft eine traurige Ausnahme.

Das Deutsche Reich hat zum Schutze seiner Bürger Demobilisationsvorschriften erlassen. Der Arbeitsanspruch der Einheimischen wird gesichert, und was jenseits der Grenzlinie ist, gilt als Ausland. Die vorzügliche deutsche Organisationsmaschine arbeitet schematisch. Und so geschieht es, daß der Deutsche aus Eger, der nach Leipzig kommt und Arbeit sucht, so ganz anders behandelt wird als der Südslawe, der aus dem jetzt italienischen Dorf nach Leibach überfiedelt. Für die Demobilisationsvorschriften gibt es nur Inländer und Ausländer. Ob der Ausländer ein Deutscher aus Bogen oder ein Südmilaner ist, das beschränkt den Demobilisationsbeamten nicht — und der Buchstabe seiner Vorschriften gibt ihm recht.

Das Deutsche Reich hat die Aufnahme Tausender deutscher Flüchtlinge aus dem Osten organisiert, doch gegenüber dem einzelnen fremdstaatlichen Deutschen hat es sich mit Dornen bewaffnet. Und das müßte wirklich nicht sein. Eine Verringerung all jener wirtschaftlichen Hebergangsbestimmungen, durch die der sich in Deutschland ansiedelnde Auslandsdeutsche gegenüber dem Inländer benachteiligt wird, so daß er oft unter dem Damoklesschwert der Ausweisung leben muß, eine Verringerung dieser Bestimmungen unter Berücksichtigung der Auslandsdeutschen kann uns kein Verfaller Betrug und darf uns keine eigene Not verwehren. Ebenso muß es möglich sein, in das neue Einbürgerungsgesetz, das jetzt vorbereitet wird, einen Abschnitt einzuschalten, der es den Auslandsdeutschen, die sich in Deutschland ansiedeln, nach einer kürzeren Zeit als den übrigen Ausländern ermöglicht, hier gesetzlich heimatsberechtigter zu werden. Soll der Deutsche, der aus dem Ausland als Ausländer zu uns gekommen ist, wirklich 10 bis 15 Jahre ohne politische Rechte unter uns wohnen müssen?

Wir sind in unserer Freiheit ara beschränkt. Die wenigen Möglichkeiten, die uns geblieben sind, müssen wir nutzen. Gegen eine Regelung im vorgeschlagenen Sinne wird sich keine vernünftige Stimme in Deutschland erheben.

Waffenruhe in Irland.

Dublin, 24. Mai. (EP.) Die Sinnfeinerpartei hat gestern einen außerordentlichen Kongreß, dem ungefähr 3000 Delegierte aus dem ganzen Lande beiwohnten, eröffnet. Der einzige Programmpunkt war die Ratifizierung des Abkommens, das am vergangenen Samstag zwischen Devalera und Michael Collins abgeschlossen wurde und das für Südirland eine Waffenruhe vorsieht. Der Kongreß beschloß nach längerer Aussprache, das Abkommen zu ratifizieren. Er vertagte sich Johann bis zum Monat Oktober.

In der vergangenen Nacht nahm die Polizei von Ulster (Nordirland) ausgehende Streifen durch ganz Ulster vor und verhaftete mehrere hundert Sinnfeiner. Die Regierung von Ulster erklärte in einer Proklamation die irische republikanische Armee, die irische republikanische Bruderschaft und ähnliche Sinnfeiner-Organisationen in den sechs Grafschaften von Ulster für gesetzwidrig. Personen, die denselben beitreten oder Mitglieder derselben bleiben, sollen verhaftet und vor Gericht gestellt werden.

Reichstag.

218. Sitzung, Mittwoch, den 24. Mai 1922, 11 Uhr.

Eingegangen ist das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien. Ueber die Geschäftslage teilt Präsident Lobe folgendes mit:

Der Vorkonferenzrat schlägt Ihnen vor, die zweite Besung des Etats bis Sonnabend abend zu beenden mit der Maßgabe, daß am Sonnabend zwischen 2—4 Uhr die ausgefallenen Abstimmungen aus den verschiedenen Etats nachgeholt werden. Dabei sollen aber die Plenarsitzungen an diesen beiden Tagen erst nachmittags um 3 Uhr beginnen, weil die Vormittags- und Mittagsstunden vom auswärtigen Ausschuß zur Beratung über die Berichterstattung aus Genua, die Reparationsfragen und das deutsch-polnische Abkommen gebraucht werden. Wenn wir mit der Zeit auskommen wollen, so wird es nötig sein, daß wir die allgemeine Aussprache beim Finanzetat und beim Etat für die Ausführung des Friedensvertrages ausfallen lassen bis zum Beginn der großen politischen Debatte, die in der nächsten Woche stattfinden wird. Wir würden dann

Montag und Dienstag Bericht über die Konferenz von Genua durch die Herren Minister entgegennehmen und daran die allgemeine politische Debatte anschließen. Für Mittwoch sind dann die dritte Besung des Etats, die Erledigung einzelner kleiner Gesetze, die Berichte mit Polen und Dänemark in Aussicht genommen.

Es folgt die Weiterberatung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Der polnische Außenminister Skramont wurde am Montag in einem Wiener Hotel von ukrainischen Offizieren, die für Disziplin demonstrieren, mit faulen Eiern beworfen und tätlich angegriffen. Der österreichische Bundeskanzler drückte Skramont sein Bedauern über das Vorkommen aus.

Paul Reumler, der erst letzten aus der von Clemenceau verfaßten Spionagehaft entlassene linksbürgerliche Abgeordnete, ist geflohen. Sein Eifer in der Bekämpfung von Justizmißbräuchen dürfte seine Haft nicht verkürzt haben.

32 Grad im Schatten.

Die genauen Beobachtungen der Berliner Wetterwarte haben für den gestrigen Tag nicht weniger als 32 Grad Celsius im Schatten und als mittlere Tagstemperatur 25,9 Grad ergeben, während auf Grund langjähriger Messungen für den 23. Mai eine durchschnittliche Temperatur von nur 14,6 Grad in Betracht käme. In Karlsruhe haben gestern 34, in München 35 Grad geherrscht. Dieses für die Jahreszeit ungemein heiße Wetter ist durch ein Hochdruckgebiet herbeigeführt worden, das seit Beginn der Woche von Südwest nach Mitteleuropa vorgezogen ist. Inzwischen hat sich das Hochdruckgebiet etwas verlagert. Deshalb ist für die nächsten Tage zunehmende Gewitterbildung wahrscheinlich. Die Hitze wird jedoch einwirken nur wenig nachlassen.

In einer so dicht bebauten und bewohnten Stadt wie es Berlin ist, hält sich die Hitze viel schneller zusammen als in einer freien Gegend oder auch nur in den Vororten. Daher kommt es, daß die Hitze in der Stadt selbst viel quälender empfunden wird als draußen. Man kann an den offenen Fenstern des Eisenbahnsteigs ganz deutlich spüren, daß, wenn der Zug z. B. hinter Kummelsburg, Pantow oder Steglitz und damit aus dem Bereich des zusammenhängenden Häuserlumpens ist, die Luft eine andere, reinere wird. In unangenehmster Erinnerung ist noch immer das abnorm heiße Jahr 1911. Es gab damals eine ununterbrochene Hitzeperiode, die vom 23. Juli bis zum 14. August dauerte. Die höchste Hitzeperiode trat zum erstenmal am 15. Juli und zum letzten Male am 3. September auf. Das Quecksilber erreichte die respektable Höhe von 39 Grad Celsius. Uebertroffen wurde das Jahr 1911 aber noch durch die Hitzeverhältnisse des Jahres 1905, denn damals erreichte das Thermometer die Höhe von 47,7 Grad Celsius. So unerträglich in dem Jahre 1911 allen Menschen die Hitze erschien, war sie dennoch bei weitem nicht die größte, denn mit dem Jahre 1719 hatte in Berlin eine wissenschaftliche Beobachtungsreihe begonnen, in der das Hitzejahr 1911 erst an 19. Stelle stand. Das stärkste, was die geplagte Berliner Bevölkerung hat erdulden müssen, war aber das Jahr 1834, denn damals begann die Hitzeperiode bereits mit dem 13. Mai und hielt, abgesehen von gewissen Schwankungen, bis zum 18. September an. Es kann uns also noch mancherlei bevorstehen. Immerhin sollte man sich, selbst wenn man auch mal schwitzt, nicht allzusehr darüber ärgern. Einmal hat der Winter lange genug gedauert und ein bißchen Hitze kann man deshalb gut vertragen. Sobald aber wird einem selbst diese abnorm heiße Temperatur wie eine angenehme milde Wärme vorkommen, wenn man hört, daß die Schiffsheizer im Persischen Golf und im Roten Meer um diese Zeit vor ihren glühenden Kesseln bei 50—60 Grad Celsius arbeiten müssen.

Die Ergebnisse des Hochbahnbetriebes.

Minderung der Fahrgäste, aber Einnahmesteigerung.

Von der Berliner Hochbahngesellschaft liegt jetzt ihr Geschäftsbericht für 1921 vor. Mit 1921 schloß die Gesellschaft ihr 25. Geschäftsjahr ab; im April 1897 wurde sie gegründet. Das von ihr betriebene Schnellbahnen umfaßt heute 27 1/2 Kilometer eigene Linien und 10 Kilometer Anschlußlinien der Gemeinde. Im Jahre 1921 wurden befördert rund 96 Millionen Personen, eingenommen 97 1/2 Millionen Mark, pro Fahrgast 101,4 Pf. Die Minderung der Fahrgäste pro Fahrgast (1919, 1920, 1921: 114%, 101, 96 Millionen), anscheinend infolge der fortschreitenden Fahrpreiserhöhung. Diese führte trotz Minderung der Fahrgäste zu einer beträchtlichen Einnahmesteigerung (1919, 1920, 1921: 32%, 62%, 97 1/2 Millionen Mark, pro Fahrgast 1919, 1920, 1921: 23,2, 62,1, 101,4 Pf., weiter in 1922 ab Februar 201 Pf., ab Mai 255 Pf.). Zur Vermeidung der Fahrpreiserhöhung sagt der Bericht, daß Löhne und Materialpreise weiter gestiegen sind. Der Preis für die Arbeitsstunde einschl. aller Nebenkosten, 5,35 M. in 1920, stieg in 1921 auf 8 M. Anfang Mai 1922 erreichte er, hebt der Bericht hervor, mit 17,45 M. das 33fache des vor dem Kriege gezahlten Durchschnittslohes von 52 Pf. Der Kohlenpreis (pro Tonne, der für die Betriebskosten der Hochbahn am meisten ins Gewicht fällt, betrug in 1920 durchschnittlich 254,50 M., stieg 1921 auf 357 M., erreichte im Mai 1922 rund 1500 M. und ist weiter im Steigen. Um wieviel der jetzige Kohlenpreis über demjenigen der Zeit vor dem Kriege steht, sagt der Bericht nicht. Von 1920 mit 254,50 M. hat der Kohlenpreis bis Mai 1922 mit 1500 M. sich fast versechsfacht. In derselben Zeit stieg der Arbeitsstundenpreis einschl. Nebenkosten von 5,35 auf 17,45 M. d. h. nur auf etwas mehr als das Dreifache. Die Dividende auf die Stammaktien soll nach dem der Generalversammlung gemachten Vorschlag wieder auf 5% Proz. bemessen werden, wie in den drei vorhergehenden Jahren. Am Schluß des Berichtsjahres waren in dem Gesamtbetrieb 3230 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, darunter 405 Frauen. Der Wagenpark besteht aus 400 Wagen, darunter 226 Motowagen.

Wenn sich ein Deutschnationaler beleidigt fühlt!

Aus der Zeit der letzten städtischen Wahlen rührt eine Beleidigungsklage her, die vor einigen Tagen vor dem Schöffengericht Berlin-Weidnig verhandelt wurde.

Der Genosse Studentent Professor R. Reunzig hatte am Tage vor der Wahl vor dem Hermsdorfer Bahnhof ein an die Beamten gerichtetes Flugblatt der SPD. verteilt. Als er es in höflichster Weise auch dem ihm bis dahin nach Namen und Person unbekanntem Bankbeamten und Hauptmann a. D. Wilhelm von Schenk anbot, erhielt er von ihm die Antwort: „Bleiben Sie mir mit Ihrem Dreck vom Leibel“ und dazu einen heftigen Schlag auf das dargebotene Flugblatt, so daß es zerrissen zu Boden fiel. Diese Rohheit bezeichnete Genosse Reunzig als eine „Frechheit“ und als das „Benehmen eines Straßensujons“. Daraufhin wurde er wegen Beleidigung auf dem Wege der Privatklage zusammen mit seinem Bruder, dem Tiermaler Karl Reunzig, damals Bezirksführer der 138. Abteilung, vor das Schöffengericht geladen. Zeugen waren außer der Frau des Klägers, die unvereidigt blieb, nicht vorhanden. Der Kläger wurde von der gegen ihn erhobenen Widerklage freigesprochen, ebenso Genosse Karl Reunzig, dem die ihm gegen von Schenk zur Last gelegten Beleidigungen nicht nachgewiesen werden konnten. Verurteilt wurde lediglich Genosse Rudolf Reunzig zu der in diesem Falle verwunderlich hohen Geldstrafe von 300 Mark.

Der vorsitzende Richter, gegen dessen Verhandlungsleitung nichts einzuwenden war, erkannte in der Urteilsbegründung selbst an, daß er die Propagation des Genossen durch den deutschnationalen Heiden für durchaus möglich halte, wenn sie auch beim Fehlen von Zeugen nicht erwiesen sei. Die vom Genossen Reunzig gebrauchten Bezeichnungen dagegen habe dieser selbst „freimütig“ von vornherein bekannt. Diese Sachlage hätte, meinen wir, die Urteilsfällung, wenn sie nicht zur völligen Freisprechung kam, zur Mindeststrafe von wenigen Mark führen müssen.

Wir wäre das Urteil wohl ausgefallen, wenn der beleidigte Deutschnationale die Flugblätter verteilt und ein Sozialdemokrat ihn so behandelt hätte?

Das Sportfest der deutschen Arbeiter in Leipzig

findet nicht, wie irrtümlich im heutigen Morgenblatt angegeben, am 18. Juni, sondern in den Tagen vom 22. bis 25. Juli statt. Am 18. Juni beginnt allerdings auch in Leipzig der zweite Reichsarbeiterporttag, eine rein örtliche Veranstaltung, die alle Zweige des Arbeitersports umfaßt, während das 1. Deutsche Arbeitersportfest im Juli als eine Veranstaltung des Arbeiterturn- und Sportbundes aufzufassen ist.

Ein ungeklärtes Verbrechen.

Der Mord in der Sächsischen Straße auch ein politischer?

Das geheimnisvolle Verbrechen, das, wie seinerzeit berichtet, unmittelbar nach den Osterferien in der Sächsischen Straße verübt wurde, ist immer noch nicht aufgeklärt. Es ist trotz aller Bemühungen der Kriminalpolizei noch nicht gelungen, die Person des Mannes, der durch drei wohlgezielte Schüsse hinterläßt erschossen wurde, festzustellen. Die Belohnung für die Aufklärung des Verbrechens ist jetzt auf 10 000 M. erhöht worden. Ein erheblicher Teil ist davon demjenigen zu, der die Feststellung des Ermordeten ermöglicht. Nach dem Ergebnis aller Ermittlungen stammt der Mann nicht aus Berlin. Gewisse Mitteilungen deuten darauf hin, daß der Erschossene homosequellen Kreisen angehört habe. Die eingehendsten Ermittlungen nach dieser Richtung sind jedoch erfolglos geblieben. Von Anfang an wurde auch dem Verdacht nachgegangen, daß es sich um einen politischen Mord handeln könnte. Gewißheit darüber wäre erst zu erlangen, wenn man den Toten kennt. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß das Verbrechen mit dem Mord an dem Inspektor Blau zusammenhängt, der vor einigen Jahren im Landwehrkanal ertränkt wurde. Bei der Aufklärung dieses politischen Verbrechens war auch wiederholt von einem Manne die Rede, der geäußert hat, auch er fürchte, wegen seiner politischen Stellung umgebracht zu werden. Auf diesen Mann paßt die Beschreibung des Ermordeten aus der Sächsischen Straße. Außer Reichel fand die Kriminalpolizei in den Taschen der ziemlich neuen Kleidung, in der der Mann wohl aus der Provinz oder dem Vorlande nach Berlin gekommen ist, nichts als einen Zettel mit dem aufgedruckten Wort: Spießstraße, ohne Nummer, und einen Fohrschein der Berliner Straßenbahn. Der Schaffner, der diesen Schein ausgegeben hat, ist ermittelt. Nach seiner Aussage hat der Unbekannte am Ostermontag gegen 9 1/2 Uhr vormittags einen Erhängewagen der W-Bahn in westlicher Richtung benutzt. Er stieg in der Gegend der Brunnen- oder Aderstraße auf. Der Schaffner weiß aber nicht mehr, wo er abgestiegen ist.

Der Mordprozeß gegen die Geschwister Rägler, der vor dem Schwurgericht des Landgericht I wieder aufgerollt werden sollte, mußte infolge des schlechten gesundheitlichen Zustandes der Gertrud Rägler vertagt werden. Sie hatten im Juli 1920 den Kaufmann Volkner im Hotel „Münchener Hof“ in der Königgräber Straße mit Reiter betäubt, erdroßelt und beraubt. Das erste Gerichtsurteil, das Gertrud Rägler zu 15 Jahren, ihren Bruder Ernst wegen Anstiftung und den Drogisten Wilhelm Voz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte, wurde seinerzeit wegen eines formalen Fehlers aufgehoben.

Die ersten Hitzeferien. Sämtliche Gemeindegemeinschaften in Potsdam schließen heute um 11 Uhr der großen Hitze wegen den Unterricht. Der Turnunterricht nachmittags wird durch Schwimmunterricht ersetzt. Die Handarbeitsstunden wurden heute nicht im Klassenzimmer, sondern im Schulhof abgehalten.

Das Freibad Tegele, an der Scharfenberger Enge des Tegeleer Sees gelegen, eröffnet den Betrieb am Himmelfahrtstage. Das Freibad ist bekanntlich im vorigen Sommer bedeutend erweitert worden und gestattet auch bei stärkstem Andrang jedem Besucher reichliche Bewegungsfreiheit und ist jetzt mit der Straßenbahn (Linie 25: Charlottenstraße—Zoostraße) bequem zu erreichen. Die Besucher fahren bis zur Haltestelle Habicht und gelangen von dort auf schattigem Waldwege in 10 Minuten zum Freibad.

Die staatliche Impfenaktion, Berlin, Thierstr. 30, nimmt zur Entlastung der öffentlichen Impftermine regelmäßig unentgeltliche Impfungen vor. Impfungen und Wiederimpfungen können daselbst jeden Mittwoch und Freitag in der Zeit von 9—10 Uhr vormittags vorgestellt werden. Auch erwachsenen Personen bietet sich jederzeit, z. B. bei Antritt einer Auslandsreise, die Möglichkeit, sich gegen Zahlung einer geringen Gebühr impfen zu lassen. Die dort emittierenden Ärzte geben jede gewünschte Aufklärung über Zweckmäßigkeit und evtl. schädliche Folgen der Impfung.

Bücher im Werte von einer halben Million Mark wurden vor einigen Tagen in Charlottenburg gestohlen. Die Diebe, von denen einer als „wilder Dieb“ bei einem kürzlich erfolgten Umzuge mitwirkte, hatten als angelegliche Beauftragte eines Produktenhändlers am hellen Tage ungehindert die Bodenlammer erbrochen und die dort lagernden Schätze durch einmaligen Besuch heben können. Die Bücher, unter denen sich eine große Anzahl seltener illustrierter Sonderdrucke befanden — der Wert eines Wertes allein wird von Sachverständigen auf 20 000 M. geschätzt —, verkauften die Diebe als Makulatur an Produktenhändler, wofür sie pro Kilogramm „Papier“ 4,50 M. erhielten. Gestern ist es dem Kriminalassistenten Biegler und seinen Beamten gelungen, die Eindringlinge zu ermitteln und den größten Teil des gestohlenen Gutes herbeizuschaffen.

Die Blinden und Krüppel für die Altershilfe. Der Bund zur Förderung der Selbsthilfe der Körperlich Behinderten (Otto-Berl-Bund) und der Gesangsschor des Moonchen Blindenvereins, Chorleiter Max Hübner, veranstalten zum Besten der Altershilfe am Sonnabend, 27. Mai 1922, abends 8 Uhr, im Schubert-Saal, Bülowstraße 104, einen Vortragsabend. Der Armlose Karl Hermann Uthman wird einen Vortrag mit musikalischen Darbietungen über „Ohne Arme durchs Leben“ halten.

Gründung der Prinz-Hubertus-Quelle. Vor der 8. Strafkammer des Landgerichts III wurde der schon erwähnte Prozeß gegen den Kaufmann Hugo Lehmann erledigt. Es handelte sich um die Gründung der „Hotel-Cumberland Aktiengesellschaft“, die aus der „Boarding-Haus-Gesellschaft“ am Aufrißendamm hervorgegangen war. Lehmann hatte die Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 5000 M. gegründet, dann sich die Aktien der vier anderen Aktionäre abtreten lassen und dann als einziger Aktionär in einer „Generalversammlung“ mit sich selbst das Kapital auf 400 000 M. erhöht. Er erwarb dann die völlig wertlose „Prinz-Hubertus-Quelle G. m. b. H.“, setzte sich selbst ein hohes Jahresgehalt als Direktor aus und brachte eine Anzahl Leute, die er anstellte, um ihre Ersparnisse. Das Gericht erkannte auf 10 Monate Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe.

Reinigung der Arene von Kesseln und Kesselröhren. Genosse Walter Bieder hält am Himmelfahrtstage, abends 6 Uhr, eine religiöse Lesung in der Kriminalstr. Charlottenburg, Karl-August-Str. 10. Das Thema lautet: „Unter Himmel“. Die Lesung wird durch Gesangsvorträge der Genossen Subat umrahmt.

Deutsche Ferienkinder für Dänemark. Der dänische Justizminister hat dem Antrag einer großen Anzahl dänischer Familien stattgegeben und die Erlaubnis für die Unterbringung deutscher Kinder in Dänemark während der diesjährigen Ferien erteilt. Das Reiseziel wird in der Hauptsache Jütland sein.

Die Trägheit des Herrn Bürgermeisters. Seltsame Zustände müssen in Fraustadt herrschen, wie eine Eingabe der dortigen sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion an den preussischen Innenminister erkennen läßt. Danach hat der Bürgermeister von Fraustadt, Dr. Paue, bei seiner Wiederwahl sich durch Ehrenwort verpflichten müssen, daß er auch wirklich arbeiten würde. Der Herr hat auch einwilligen müssen, daß eine Kommission gewählt wurde, die darüber zu wachen hatte, daß der Herr Bürgermeister sein Wort innehielt. Aber diese Kommission scheint nichts genutzt zu haben, denn die Eingabe verlangt die Amtsenthebung des Herrn Dr. Paue, weil er trotz Ehrenwort und Kontrollauschuss nach seiner Wiederwahl sich untätig gezeigt habe. — Auch mit der Trägheit kämpfen Götter selbst vergebens!

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Sehr warm und ziemlich still, aber niegend heiter, aber veränderlich mit etwas Gewitterneigung und größtenteils schwachen südlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Einigung auch in der badischen Metallindustrie.

Wie aus Karlsruhe gemeldet wird, wurde gestern im badischen Arbeitsministerium über die Beilegung des Metallarbeiterstreiks verhandelt. Die Verhandlungen führten zu einer Einigung auf folgender Grundlage:

„Bzüglich der Arbeitszeit gilt das Münchener Abkommen. Die gelernten Arbeiter erhalten 26—27 1/2 Stundenlohn. Das Lohnabkommen bleibt bis zum 1. Juli in Geltung, der Manteltarif bis zum 30. Juni 1923. Die Zustimmung der Organisationen ist vorbehalten, aber mit Sicherheit zu erwarten.“

Trifft diese Erwartung für Baden zu, ergibt sich in Bayern eine Mehrheit für Annahme der Einigungsvorschläge, dann ist der schwere Kampf in der Metallindustrie auch in Württemberg und Hessen-Rassau so gut wie beendet, und wenn die Kommunisten und ihre Presse noch so sehr toben und „zur Tat“ aufrufen. Die wirkliche Tat, die sich in diesem Riesenkampf zeigt, gilt den von der Weltrevolution zum Weltkongreß gekommenen Heiden nichts, sie wollen besondere „Taten“ im Sinne ihrer Parteizwecke.

Aus München wird berichtet, daß die Firma Rassel bereits am Freitag die Arbeit wieder aufnimmt.

In den übrigen Betrieben der Münchener Metallindustrie wird die Inbetriebsetzung am Montag erfolgen, da infolge des langen Stillstandes der Betriebe zum Teil erhebliche Vorarbeiten notwendig sind, um die technische Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme zu schaffen.

Der Holzarbeiterverband im Jahre 1921.

Die deutsche Holzindustrie war im letzten Jahre sehr gut beschäftigt. Während der Holzarbeiterverband noch bis um die Mitte des Jahres durchschnittlich etwa 5 Proz. arbeitslose Mitglieder zählte, sank diese Ziffer auf 0,90 Proz. bis zum Jahresabschluss. Diese günstige Konjunktur war zu verzeichnen, trotzdem das Holz im April 1922 bereits hundertmal soviel kostete wie vor dem Kriege. Der Verband hatte einen Mitgliederzuwachs von 94 123 zu verzeichnen, wovon 61 829 männliche, 18 712 weibliche und 13 584 jugendliche Mitglieder. Ende 1920 zählte der Verband 370 840 Mitglieder, Ende 1921 388 463 Mitglieder, so daß ein Abgang von 76 502 Mitgliedern zu verzeichnen war, wobei abgesehen von Todesfällen und Berufswechsel die leibliche Fluktuation eine ziemlich große Rolle spielt. Die Zahl der männlichen Mitglieder erhöhte sich um 11 016, das ist um 17,8 Proz. der Aufgenommenen, bei den weiblichen Mitgliedern um 15,2 Proz., bei den Jugendlichen um 27,6 Proz. Die verhältnismäßig starke Zunahme der weiblichen Mitglieder führt der Bericht auf eine stärkere Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Holzindustrie zurück. Die weiblichen Mitglieder sind vorzugsweise beschäftigt in der Bürstenmacherei, der Knopfmacherei und der Meißelfabrikation. Von den jugendlichen Mitgliedern sind über 10 Proz. beschäftigt in den Berufen der Kammacher, Korfschneider, Pantinenmacher, Ristenmacher und Schuhleistenarbeiter. In Verbindung mit einer verminderten Beschäftigung von Arbeitern ist eine Zunahme von Arbeiterinnen bei den Drechslern, Kammachern, Korfschneidern und Rostmachern zu verzeichnen.

Die Beitragseinnahmen des Verbandes stiegen von 36 283 383 M. im Jahre 1920 auf 59 746 108 M. im letzten Jahre. Aber auch die Ausgaben sind gewaltig gestiegen und betragen insgesamt 52 745 168 M., nur 7 898 656 M. mehr als die Gesamteinnahmen, trotzdem die Arbeitslosenunterstützung ganz wesentlich und zwar von 6 759 684 M. im Jahre 1920 auf 3 343 290 im Jahre 1921 zurückgegangen ist. Dagegen erhöhte sich die Krankenunterstützung von 1 713 670 M. auf 2 462 045 M., ohne Erhöhung der Unterstützungssätze; die Streikunterstützung gar von 11 897 491 M. auf 24 572 947 M. Daneben haben die Vorkassen noch wesentliche Unterstützungssummen aufgebracht. Das Gesamtvermögen des Verbandes hat nicht in dem Maße zugenommen, wie die Geldentwertung gesunken ist.

In den Lohnbewegungen des Verbandes waren 920 619 Mitglieder beteiligt, d. h. ein großer Teil der Mitglieder stand wiederholt in Lohnbewegung. In 955 Fällen waren Angriffs-, in 58 Fällen Abwehrstreiks zu führen, in

152 Fällen Aussperrungen zu verzeichnen, während in 5516 Fällen die Lohnbewegung ohne Streik geführt werden konnte. An Streiks und Aussperrungen waren 101 640 Personen beteiligt, an den friedlichen Lohnbewegungen 819 179 Personen. Erfolgreich verliefen 85 Angriffsstreiks, 18 Abwehrstreiks und 15 Aussperrungen. Erfolgreich waren 639 Angriffsstreiks, 33 Abwehrstreiks und 115 Aussperrungen, teilweise erfolgreich 209 Angriffs-, 6 Abwehrstreiks und 16 Aussperrungen. Der Verband ist bestrebt, Kämpfe zu vermeiden, doch wo er sie führen muß, weicht er ihnen nicht aus.

Die Erfolge sind leider nur relativ zu bewerten. „Absolut genommen, müssen wir feststellen, daß es uns nicht gelungen ist, auch nur die bescheidene Lebenshaltung der Vorkriegszeit wieder zu erreichen.“ Das gilt nicht nur für die Holzarbeiter, sondern für die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft, die herzlich gern auf die „hohen Löhne“ — in Papier, verzichtete, und bei Vorkriegspreisen mit Vorkriegslöhnen vorlieb nehmen würde.

Unwillkürlich drängt sich bei dieser Betrachtung die Frage auf: Wie würde es heute um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterschaft bestellt sein, ohne die Gewerkschaftsorganisationen? Und dennoch haben die Gewerkschaften das Ziel, dem sie alle zustreben, noch nicht voll erreicht: Der letzte Mann muß in den Verband!

Neuer Tarif in der Zigarettenindustrie.

In einer Sitzung der kaufmännischen Angestellten in der Zigarettenindustrie am Dienstagabend in der Neuen Philharmonie berichtete Rasper über den neuen Tarifvertrag. Es scheint, als hätten die Unternehmer das Scheitern der Verhandlungen gewünscht. Sie haben einen Ausgleich der Löhne der kaufmännischen Angestellten in der Zigarettenindustrie mit denen der Angestellten in anderen Industrien und mit denen der Arbeiter in der Zigarettenindustrie abgelehnt. Ursprünglich beabsichtigte Verschlechterungen in den Gruppierungen konnten vielfach erfolgreich abgewehrt werden. Die Frage des Abschlusses des Tarifvertrages wird nicht an der Frage der Regelung der Arbeitsbedingungen der Reisenden, die vielfach bereits Sonderverträge abgeschlossen haben, scheitern. Der Tarifvertrag soll bis zum 30. September d. J. abgeschlossen werden. Die Gehaltsätze sollen folgende Regelung erfahren:

Gruppe I (beruflich nicht vorgebildete Kräfte): Anfangsgehalt 2300 M., in 10 Jahren zu erreichendes Endgehalt 2900 M.; Gruppe II (beruflich vorgebildete Kräfte): 2700—3600 M.; Gruppe III (Angestellte mit selbständig verantwortlicher Tätigkeit): 3300—4500 M.; Gruppe IV (Angestellte mit eigener Dispositionsmöglichkeit): 4400—5500 M. Die Vertreter des Verbandes empfahlen die Annahme dieser Regelung. Neue Gehaltsforderungen für Juni werden sofort gestellt werden. Die Fragen des dienstjährigen Urlaubs und die der Nachzahlung für März sollen in besonderen Verhandlungen geregelt werden. Ein paritätisches Schiedsgericht ist in dem vorliegenden Entwurf vorgesehen. In den nächsten Wochen kann noch einmal mit den Unternehmern deutlich geredet werden. Es kommt aber darauf an, daß in dieser Zeit das Leberstundenwesen eingeschränkt wird. Zu gleicher Zeit muß das Freundschaftsmit den Streikbrechern zu hören. In der Abstimmung wurde die neue tarifliche Regelung einstimmig angenommen.

Deutscher Beseidungsarbeiter-Verband, Damen-, Kindermäntel-, Kostüm-Konfektion! Dem 15. Mai ab werden auf die bisherigen Zeitzölne 20 Proz., auf die Stückzölne 18 Proz. Zuschlag gezahlt. Die Spitzenlöhne betragen somit 1080 M. für Männer und 820 M. für Frauen. Der niedrigste Lohn für Hilfsarbeiterinnen ist 480 M.

Wohnstätten-Versammlung der Kunst- und Handwerkerinnen Freitag in der Schulaula Hüttenstraße. Letzte Verhandlungen. Mitgliederbuch eines KFB-Verbandes legitimiert.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

6. April, Männerklub Volkshaus, Donnerstag, 15. Mai: Herrenpartie nach Giesda. Treffpunkt: 7 1/2 Uhr Steiner Bahnhof an der Roemaluh. Die Aktionen und passiven Mitglieder müssen sich daran beteiligen.

13. Abteilung, Tuchholz. Heute abend 6 Uhr: Flugblätterverteilung für die Elternbeiratsarbeiten vom Lokal Hennig, Postmeister Str. 56/57, am Jungfernstieg. Gruppe Friedebach. Am Himmelstagsfest: Wanderung nicht nach Grünau-Schönwald, sondern nach Bernau. Treffpunkt 1/4 Uhr Sandberger, Ecke Petersburger Straße, oder 1/2 Uhr am Bahnhof Gesundbrunnen.

Wirtschaft

Die GEG. im Jahre 1921.

Der Geschäftsbericht der zentralen Einkaufsorganisation der im Zentralverband zusammengeschlossenen Konsumvereine liegt jetzt vor. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg hat im letzten Jahre sich kräftig weiter entwickelt, begünstigt durch die Tatsache, daß der Abbau der Zwangswirtschaft den von behördlichen Schikanen leicht zu treffenden Genossenschaften sehr genützt hat.

Die Umsätze weisen im Warenhandel wie in der Produktion erhebliche Steigerungen auf. So erhöhte sich der Warenumsatz gegen das Vorjahr von 1,351 auf 2,407 Milliarden Mark, der Gesamtumsatz der eigenen Fabriken, die sich nicht ganz so günstig entwickelten, von 1,564 auf 2,348 Milliarden Mark. Diese Erhöhung des Umsatzwertes um 78,1 Proz. bei der Warenverteilung ist nicht nur eine Folge der Geldentwertung. Vielmehr haben sich auch die umgesetzten Warenmengen nicht unbeträchtlich gesteigert. Leider sind die Mitteilungen des Geschäftsberichtes über die Umsatzenmengen recht lückenhaft und bedürfen noch sehr der Ausgestaltung, wenn sie den angeschlossenen Organisationen und den Genossenschaftlern ein Karos, von den Schwankungen des Geldwertes ungetrübt Bild geben sollen — und das ist notwendig, um die Freude an genossenschaftlicher Zusammenarbeit zu erhöhen und die Tätigkeit anzuspornen. Immerhin geht schon aus den vorhandenen Zusammenstellungen hervor, daß auf einzelnen Marktgebieten ganz wesentlich höhere Mengen zur Verteilung gelangt sind als in früheren Jahren, trotz der Schwierigkeiten, die das letzte Wirtschaftsjahr dem Warenmarkt durch die Wertschwankungen und durch die Sanktionen brachte, Erschwerungen, die auch auf die genossenschaftliche Warenverteilung stark einwirkten. So sind in getrockneten Früchten, in Gewürzen, in Reis und ganz besonders in Fleisch, Fett- und Wurstwaren, deren Umsätze mengenmäßig fast verdreifacht wurden, wie endlich beim Schmalz die Umsätze des letzten Vorkriegsjahres überschritten.

Ein kräftiges Fortschreiten verzeichnen auch die Eigenbetriebe, obwohl hier die zeitweilig unmäßige Konjunktur und bei der Seifenfabrik in Düsseldorf auch unliebsame Zwischenfälle mit den Befugnisbehörden die Arbeit erschweren und obgleich nicht alle Produktionszentralen nach ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden konnten.

Abhilfe zu schaffen, ist eine der wichtigsten Aufgaben. Allerdings streben ihrer Lösung oft die größten Schwierigkeiten, z. B. Materialmangel, im Wege. Auf Steigigkeit im Absatz der Eigenproduktion muß aber mit allen Kräften hingewirkt werden, sonst wird der wirtschaftliche Verfall, der durch die Gemeinschaftsarbeit vermieden werden soll, niemals auf das Mindestmaß eingeschränkt werden können. Der Bericht spricht die Hoffnung aus, daß im neuen Geschäftsjahr die Eigenproduktion wesentlich gesteigert werden kann. Allerdings bedarf es hierzu der Mithilfe aller Genossenschaftler, die es als ihre Pflicht ansehen müssen, die im eigenen Betrieb hergestellten Waren zu bevorzugen. Sehr erfreulich ist die rasche und lebhafte Entwicklung des Fischverandes und der erst im letzten Jahre aufgenommenen Fischindustrie Altona, deren Anlagen jetzt schon erweiterungsbedürftig sind.

Die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der GEG. und damit auch der Ausbau des genossenschaftlichen Warenbezuges wird auch durch den Umstand beleuchtet, daß die Zahl der beschäftigten Personen im letzten Jahre von 2427 auf 3139 gestiegen ist. In Ludwigsburg und Pillau sind neue Lager eingerichtet, in Minden ist der Bau eines Lagerhauses in Vorbereitung. Zufriedenstellend war auch die Entwicklung der Bankabteilung, bei der im Hinblick auf den Einfuhrbedarf und auf die großen Schwankungen der Mark eine Abteilung für Devisen eingerichtet wurde. Von der 5 1/2prozentigen Anleihe wurden bisher 35 Millionen Mark untergebracht.

Die gute, aber nicht überhäufte Entwicklung der GEG. und ihrer angeschlossenen Betriebe ist ein Beweis für ihren gesunden Aufbau. Es ist das eigene Interesse der Verbraucher, wenn sie durch den Beitritt zur Genossenschaft diese Entwicklung fördern und so sich von der privatkapitalistischen Warenverteilung unabhängig machen.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Franz Mühs, Berlin-Schöneberg; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

Damen-Hüte Leder-Hüte Herren-Hüte

Borden-Hüte handgenäht, diverse Muster 75.00
 Glasbatist-Hüte in allen sorten Farben 275.00
 Kinder-Hüte 180.00, 110.00, 88.00 75.00
 Engl. Hüte schwarz 875.00, 250.00 175.00
 Tagal-Litzen-Formen 275.00, 175.00 75.00
 Stroh-Borden in allen Farben Meter 3.00

entzückende Neuheiten!
 985.00, 850.00, 675.00
 575.00, 450.00
250.00

Haar-Hüte 875.00 275.00
 Woll-Hüte 250.00, 180.00, 138.00, 98.00 69.00
 Stepp-Hüte 150.00
 Sport-Mützen 98.00, 59.00 39.00
 Yachtklub-Mützen 125.00 98.00
 Stroh-Hüte 98.00, 59.00, 39.00 29.00

Hutfabrik

Hauptgeschäft: **Titus König** Kaiser-Friedrich-Straße 224-225
 Neukölln, Bergstr. 9-10 Hermannstraße 71-72

Neukölln

Tuchfabrik-Niederlage
 H. Lamprecht, Bin.-Tropfow, Souchéstr. 17, liefert Stoffe f. Damen u. Herren in jeder Art, in allen Farben für Anzug u. Toiletts.

Stoffe
 für Herren und Damen
 feinste Qualitäten
 Albert Walkhoff, Neue Königstr. 54
 am Alexanderplatz
 Vorzeiger erhält 5 Proz. Rabatt

Haut-Geschlechts-Krankheiten
 Unterleib, Syphilis, feisch und zerfällt, bei Männern u. Frauen, ohne Berufshör. Heilungsfähig über 30 Jahre bewährt durch **Gunderte** **Gehülte**. — Spruch u. Behandlungsweg: 9-1, 4-7 1/2, Sonn- u. Feiertag: 9-1, — Berlin: f. elektro-physik. und phys. Therapie u. Massage, Bin. 50 16, Brüderstr. 10 b (Bahnhof, Jannowitzbr.).
Prof. Dr. med. Mistelky, Arzt
 im Ausl. ernannt, diplom. u. approb. 30 jährige Praxis

Korsette
 ans la Stoffen u. in all. Preislagen empfohlen
Korsettfabrik Rich. Necke
 1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Tresckow-Allee 99
 2. Geschäft: Bin.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
 3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstraße 23
 Ecke Alte Jakobstraße

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!



Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preisen einzig dastehende **Trauringe**

1 Ring, Dukalergold, von 250,— an
 1 Ring, 585 gestempelt, von 200,— an
 1 Ring, 333 gestempelt, von 100,— an
 Garantieschein für gesetzliches Goldinhalt.

D. R. G. M. Ausführlicher Katalog nach auswärt. geg. Rückporto.

H. Wiese, Juwelier
 Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
 3 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zoo
 Telefon: Norden 1030. Telefon: Steinglatz 11803.
 Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Korbmöbel
 kaufen Sie am vorteilhaftesten dir. b. Hersteller **A. Lesdau** Werkstätten für fein. Korbmöbel Fernsprecher Neukölln 1750. Anzahll. und Verkauf nur Neukölln, Anzeigerstr. 20.

Altes renom. **Restehaus**
 Damen-Mantelstoff, Tuchen, Spitzen, Kostümstoffe, Kammergarn, Gahardine, sehr billig — Kleider, Manier- und Futter-Seiden in vielen Farben. In Anzug- und Paletotstoffen für Herren und Knaben. **Reste Gelegenheitskäufe** in modernen Mänteln, Kostümen u. Röcken
Paul Karle
 O 34, Warschauer Str. 79

Wichtig f. alle u. besond. heute ist die Sicherung d. Zukunft der Familie u. die Vorsorge für das Alter durch den Abschluß einer Lebensversicherung. Rufen Sie doch umgehend Ihre Anfrage an **Karlsruher Lebensversicher. a. G.** Hauptverwaltung Groß-Dein Berlin W 50, Glöckener Straße 6

Korb- u. Korbmöbel-Elg. Fabrik, stets hervorragend Neu, Gr. Auswahl, billige Preise. **Edmund Vogl, Bin.-Neukölln** Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz — Tel. Neukölln 2264. Repar. sämtlich. Korbwaren